



Newsletter des Breitband-Kompetenzzentrums Rheinland-Pfalz

02 / Juli 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

die neue Landesregierung hat am 18. Mai ihre Amtsgeschäfte aufgenommen. Einen Tag zuvor wurde der Koalitionsvertrag für die 17. Legislaturperiode von Vertreterinnen und Vertretern der Koalitionsparteien unterzeichnet. Wie ein roter Faden ziehen sich die Themen Digitalisierung und Breitbandausbau durch das Vertragswerk. In ihrer Regierungserklärung am 1. Juni hat Ministerpräsidentin Malu Dreyer erklärt, Rheinland-Pfalz werde in den nächsten Jahren zum Musterland digitaler Vernetzung. Das freut uns im Breitband-Kompetenzzentrum sehr, spiegelt dies doch auch die Wertigkeit des Breitbandausbaus wider und bestätigt das Handeln der vergangenen Jahre.

In den kommenden Jahren hat die rheinland-pfälzische Landesregierung und das Team im Breitband-Kompetenzzentrum viel vor: Vortreiben der Infrastrukturprojekte auf Cluster-ebene, Ausbau der WLAN-Infrastruktur und Fortschreibung der NGA-Strategie des Landes sind hierbei nur einige wenige Schlagworte, die

sich auf unserer Agenda wiederfinden. Es freut uns, dass mit den Landkreisen Altenkirchen und Neuwied erste Infrastrukturprojekte auf Landkreisebene Bundesfördermittel bereitgestellt bekommen haben. Auch das Land hat in beiden Fällen bereits frühzeitig ergänzend zu den Bundesfördermitteln eine grundsätzliche Kofinanzierung zugesichert. Im zweiten Förderaufruf haben fünf weitere Infrastrukturprojekte Anträge eingereicht. Wir sind zuversichtlich, dass am Ende des dritten Förderaufrufs (1 Juli bis 30. September) voraussichtlich insgesamt 12 rheinland-pfälzische Infrastrukturprojekte in die Lage versetzt sein werden, den Breitbandinfrastrukturausbau voranzubringen.

Weiterhin freuen wir uns auf die gute Zusammenarbeit mit Ihnen und den Auf- und Ausbau zukunftsfähiger Breitbandinfrastrukturen in und für Rheinland-Pfalz

Herzliche Grüße

Cornelia Weis
Abteilungsleiterin der IT-Zentralstelle, Breitband

Breitbandausbau in der 17. Legislaturperiode

Am 18. Mai 2016, dem Verfassungstag, nahm die neue Landesregierung offiziell die Amtsgeschäfte für die 17. Legislaturperiode auf. Grundlage für das gemeinsame Arbeiten der Koalitionäre bildet der Koalitionsvertrag „Sozial gerecht – wirtschaftlich stark – ökologisch verantwortlich Rheinland-Pfalz auf dem Weg ins nächste Jahrzehnt“. Vor allem das Thema Digitalisierung zieht sich wie ein roter Faden durch insgesamt 140 Seiten. Auch für das Breitband-Kompetenzzentrum ergeben sich, neben der Bestätigung des bisher erfolgreich eingeschlagenen Weges der vergangenen Jahre, neue Aufgaben und Anforderungen.

Strategisch kommt der Digitalisierung als ein ressortübergreifendes Querschnittsthema eine hohe Bedeutung zu; damit auch dem Breitbandinfrastrukturausbau als Basis dafür, dass die Digitalisierung in all ihren Facetten ungehindert stattfinden kann. Dem trägt auch das neu geschaffene Digitalisierungskabinett unter **Leitung von Ministerpräsidentin Dreyer** Rechnung. Dieses Gremium stellt eine klare, **abgestimmte und umfassende Digitalisierungspolitik** sicher. Eine **gemeinsame Digitalstrategie der Landesregierung mit ihren Ressorts für Rheinland-Pfalz** wird erarbeitet. Sie soll die **Dachmarke** für alle Aktivitäten bilden und **den Breitbandausbau mit den Aktivitäten der Ressorts und Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung und zum Datenschutz verknüpfen**.

Operativ wird der Kurs der vergangenen Jahre fortgesetzt: Der **Auf- und Ausbau von Hochgeschwindigkeitsbreitbandinfrastrukturen** unter Bildung von regionalen Ausbaubereichen (Kreisclustern) wird mit Blick auf das Zwischenziel, flächendeckend 50 Mbit/s bis zum Jahr 2018 bereitzustellen, weiter vorangetrieben. Langfristig strebt das Land einen **kompletten**

Netzinfrasturkturwandel von Kupfer zu Glasfaser an. Hierzu wird das Breitband-Kompetenzzentrum in den kommenden Monaten die **NGA-Strategie** aus dem Jahre 2014 anhand der Erfahrungen und aktuellen Entwicklungen im Land, Bund und auf Ebene der Europäischen Union auf Grundlage der Ergebnisse der Studie „Weichen stellen für die Anforderungen von morgen – Ausbau der Breitbandinfrastruktur in Rheinland-Pfalz mit Bandbreiten von mindestens 300 Mbit/s“ **fortschreiben und weiterentwickeln**.

Natürlich kommt auch der **Hebung von Synergien** zukünftig nicht nur vor dem Hintergrund des DigiNetzG eine größere Bedeutung zu. Hier muss der weitere Gesetzgebungsprozess abgewartet werden. Das Land Rheinland-Pfalz begleitet diesen in den entsprechenden Gremien kritisch.

Auch in der 17. Legislaturperiode wird das strategische Gremium wie **der Runde Tisch Breitband** fortgeführt und ausgeweitet. Darüber hinaus befindet sich das Breitband-Kompetenzzentrum derzeit in der Abstimmung mit allen für den Breitbandausbau relevanten Gruppen, um ein **Netzbündnis für Rheinland-Pfalz** zu schaffen.

Ein weiteres großes Projekt für diese Legislaturperiode bildet der Auf- und Ausbau von WLAN-Hotspots im ganzen Land. In einem ersten Schritt werden hierzu **alle Gebäude in Landes-eigentum**, die über einen Internetanschluss verfügen, mit kostenlosem öffentlichen WLAN ausgestattet. Darüber hinaus werden Kommunen eingeladen, gemeinsam mit dem Land und Akteuren aus der Wirtschaft und Zivilgesellschaft Strategien zu entwickeln, kostengünstige Wege für eine breite Versorgung mit öffentlich zugänglichen WLAN-Hotspots zu finden. So wollen wir zeitnah **mindestens 1000 WLAN-Hotspots in 1000 Kommunen schaffen – langfristig aber eine Flächendeckung erreichen**.

Den Koalitionsvertrag finden Sie hier:
<http://s.rlp.de/rpp>

Vorstellung Ergebnisse 300 Mbit/s Studie in Landkreisen

Das Breitband-Kompetenzzentrum bietet für Landkreise kostenfrei die Vorstellung der individuellen Ergebnisse vor Ort durch einen Vertreter des TÜV Rheinland an.

Pro Landkreis kann eine zentrale Veranstaltung in direkter und eigenverantwortlicher Abstimmung mit dem TÜV Rheinland geplant werden. Interessierte Landkreise wenden sich bitte direkt an Herrn Andreas Windolph, andreas.windolph@de.tuv.com.

3. Förderaufruf startet am 1. Juli.

In den darauf folgenden drei Monaten können Anträge auf Bundesförderung von Breitbandinfrastrukturprojekten über die Bundesplattform www.breitbandausschreibungen.de eingereicht werden.

Ergebnis der ersten Förderrunde Bund

Im Rahmen der ersten Förderrunde des Bundesförderprogramms (18. November 2015 bis 31. Januar 2016) wurden aus Rheinland-Pfalz **zwei Landkreisprojekte** positiv beschieden. Für das Infrastrukturprojekt des **Landkreises Altenkirchen** wurden Bundesmittel in Höhe von knapp 8,44 Millionen Euro, für das Infrastrukturprojekt des **Landkreises Neuwied** wurden Bundesmittel in Höhe von knapp 7,3 Millionen Euro bereitgestellt.

Das Land Rheinland-Pfalz hat beiden Landkreisen bereits ergänzende Landesmittel in Höhe von insgesamt 12,6 Millionen Euro zugesagt. Damit werden knapp 30 Millionen Euro Fördermittel durch Land und Bund bereitgestellt.

Der kommunale Anteil der förderfähigen Gesamtprojektkosten konnte so auf 10 Prozent begrenzt werden.

Im **zweiten Förderaufruf** für die Ausbauprojekte (2. Februar bis 29. April 2016) haben vier Infrastrukturprojekte auf Landkreisebene und ein Infrastrukturprojekt mit zwei Verbandsgemeinden und einer Stadt Anträge auf Bundesfördermittel eingereicht. Die Prüfung der Anträge von Seiten des Bundes ist noch nicht abgeschlossen.

Darüber hinaus sind **bereits 23 Anträge** (Stand Juni 2016) auf Förderung von begleitenden **Beratungsleistungen** in Höhe von maximal 50.000 Euro beim Bund eingegangen und zum Teil bereits positiv beschieden worden.

Das Land fördert gemäß der Richtlinie zur Förderung des Ausbaus von Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetzen vom 11. November 2015, Machbarkeitsstudien zu 90 Prozent. Hiervon haben bisher bereits elf Infrastrukturprojekte Gebrauch gemacht.

Wichtiger Hinweis zum Förderprogramm des Bundes

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hat die atene KOM GmbH als Projektträger für die Durchführung des Bundesförderprogramms zur Unterstützung des Breitbandausbaus in Deutschland verpflichtet. Damit ist die atene KOM GmbH ab sofort Bewilligungsbehörde für das Breitbandförderprogramm des Bundes. Zu diesem Zweck sind der atene KOM GmbH die hoheitlichen Aufgaben sowie die treuhänderische Verwaltung der Bundesmittel übertragen worden.

Für alle Fragen das Förderprogramm des Bundes betreffend wenden Sie sich bitte ab sofort an die neue Bewilligungsbehörde.

Diese erreichen Sie zunächst zentral über die Telefonnummer **030 / 233 249 777** bzw. über die Faxnummer **030 / 233 249 778**. Anträge sind damit ab sofort an die genannte Faxnummer und postalisch in die **Invalidenstr. 91 in 10115 Berlin** zu senden.



Bundesförderung Breitband

Länderworkshop des Bundes in Mainz

Alljährlich versammeln sich die Breitband-Kompetenzzentren in einem Bundesland um an zwei Tagen konzentriert über die Entwicklungen im Bereich des Breitbandausbaus zu diskutieren. In diesem Jahr fand der Länderworkshop des Breitbandbüros des Bundes am 27. und 28. April in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt

statt. Vertreter der Fachebene der in den Ländern mit den Breitbandausbau beauftragten Ressorts und Stellen tauschten sich mit VertreterInnen und Vertretern des BMVI und der BNetzA, aber auch untereinander über die Entwicklungen im Breitbandbereich und zukünftige Herausforderungen auf diesem Gebiet aus.

Spatenstich im Rhein-Lahn-Kreis

Am 25. April setzen Infrastrukturminister Roger Lewentz, Landrat Frank Puchtler und Vertreter der Fa. Inexio sowie aus dem kommunalen Raum den Spatenstich für das Kreisinfrastrukturprojekt im Rhein-Lahn-Kreis. Damit münden gut drei Jahre intensiver Vorarbeiten und Abstimmungen in die konkrete Umsetzung des Projektes.

Innenminister Roger Lewentz bezeichnete den Ausbau des schnellen Internets im Rhein-Lahn-Kreis als Vorbild für das ganze Land. „Mit dem umfassenden Konzept des Breitbandausbaus ist der Rhein-Lahn-Kreis der erste Kreis, der ein solches Projekt derart konsequent vorangetrieben hat“, sagte Lewentz beim Spatenstich des Kreisprojektes in Wasenbach.

Nach und nach werden im gesamten Landkreis die Infrastruktur für Bandbreiten von mindestens 30 Mbit/s – teilweise auch darüber hinaus – gelegt. Das Land unterstützt das Vorhaben des Rhein-Lahn-Kreises mit rund elf Millionen Euro.



v.l.n.r.: Vom Team des Breitband-Kompetenzzentrums Nicole Weigandt, Raymond Twiesselmann und Abteilungsleiterin Cornelia Weis mit Landrat Frank Puchtler und Innenminister Roger Lewentz beim symbolischen Spatenstich

Sonderaufruf Förderung Gewerbegebiete

Der Bund plant im Rahmen des Bundesförderprogramms einen Sonderaufruf für die Förderung von Gewerbegebieten mit einem zusätzlichen Mittelvolumen in Höhe von 350 Millionen Euro im Herbst zu starten. Zum derzeitigen Zeitpunkt lassen sich noch keine verlässlichen Aussagen zu den genauen Rahmenbedingungen dieses Programms sagen. Im Gespräch sind demnach, dass der Sonderaufruf für Gewerbegebiete durchgängig laufen und es keine Förderperiode geben soll. Ob wie beim Bundesprogramm ein Scoring erfolgt, ist offen.

Die Anträge sollen in der Reihenfolge ihres Eingangs (Windhundverfahren) bearbeitet werden. Voraussetzung für die Förderwürdigkeit im Rahmen des Sonderaufrufs ist die Herstellung einer glasfaserbasierten Breitbandversorgung des Gewerbegebietes bzw. „gigabitfähiger Anschlüsse“.

Sobald von Seiten des Bundes die genauen Rahmenbedingungen für den Sonderaufruf festgesetzt wurden, werden wir darüber informieren.

Aus den Netzwerken

Erfahrungsaustausch mit den Breitbandbeauftragten der Kreise, kreisfreien Städte und der IHK Pfalz

Am 15. April 2016 war das Breitband-Kompetenzzentrum von der IHK der Pfalz eingeladen, an einem Arbeitsgespräch teilzunehmen.

Hintergrund war die Situation in Gewerbegebieten insbesondere hinsichtlich des Breitbandausbaus und der Verfügbarkeit höherer Bandbreiten.

Das Team des Breitband-Kompetenzzentrums legte nochmals die Strategie des Landes dar, in der ein Ausbau von Gewerbegebieten im Rahmen der Kreiscluster unterschiedslos zu privaten Bedarfen betrachtet und berücksichtigt wird. Da Vertreter der rheinland-pfälzischen IHK'en Teilnehmer des Runden Tisches Breitband sind, vereinbarte man auch auf dieser Ebene weiter in Kontakt bleiben.

Gespräche in der Metropolregion

Am 18. April trafen sich Vertreter der Breitband-Kompetenzzentren der Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz in Mannheim mit Vertretern der Metropolregion Rhein-Neckar zu einem Erfahrungsaustausch zur Thematik grenzüberschreitender Breitbandausbau. Hierbei ging es vorrangig um die Frage, wie die Erfassung kommunaler Infrastrukturen optimiert werden könne. Ebenso wurden Fragen der Antragstellung bei Mitverlegung, beziehungsweise Mitnutzung diskutiert. Hierbei hat sich der Verein GeoNet.MRN e.V. bereit erklärt zu prüfen, wie gemeinsam mit den Kommunen hier ein gangbarer Weg gefunden werden könne.

Die Gespräche sollen in loser Folge fortgesetzt werden.

Austausch mit dem Beirat kommunale Entwicklung

Am Donnerstag, 12. Mai 2016, stellte das Breitband-Kompetenzzentrum auf Einladung des Beirats für Kommunalentwicklung Rheinland-Pfalz den aktuellen Stand des Breitbandausbaus im Land vor.

Der Beirat für Kommunalentwicklung ist eine unabhängige Beratungseinrichtung der Landesregierung Rheinland-Pfalz. Seine Mitglieder vertreten fachlich die Bereiche Infrastrukturentwicklung, Regionalentwicklung, Raumplanung, Ökonomie, Geografie, Bauingenieurwesen, Kommunalpolitik und Verwaltung.